

Schwerer Fall von Ruhestörung

Die Attacken des Bundesbankers Thilo Sarrazin gegen die „Kopftuchmädchen“

Von Dietrich Eickmeier

Berlin. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung, die NPD in Sachsen will ihn als Ausländerbeauftragten, Bundesbankchef Axel Weber schneidet seinen Kollegen und fordert ihn zum Rücktritt auf, Berliner SPD-Ortsvereine würden ihren Genossen Banker und langjährigen Finanzsenator Thilo Sarrazin gerne aus der Partei werfen. Die Debatte über dessen rüde Attacke auf den Berliner „Schlamp-Faktor“ mit seinen „türkischen Wärmestuben“ und immer mehr „Kopftuchmädchen“ will nicht enden.

„Geistiger Brandstifter“, „widerlich“, „rechtsradikal“ oder „rassistisch“ sind die Schlagwörter der kollektiven Empörung. Sarrazin, der sich notgedrungen entschuldigt hat, macht jetzt erst einmal das, was er am schlechtesten kann – er schweigt. Bei seinem einzigen öffentlichen Auftritt in dieser Woche vor der Berliner Industrie- und Handelskammer umging er geschickt alle Fallen, indem er ohne jede Schärfe die fehlerhaften Konjunkturprognosen der letzten Jahre analysierte. Zudem hatten die Veranstalter ein geplantes Forum mit dem Titel „Fettnapf-Slalom für Manager: Führungskräfte zwischen Fußangeln und Fallen – ein kleiner Wegweiser für erfolgreiches Versagen“ – wohlweislich gestrichen.

Dabei hat der „Genosse Rambo“ mit dem unbändigen Hang zur politisch unkorrekten Brachialanalyse stets nach dem Motto „Viel Feind viel Ehr“ gelebt, vielmehr geredet. Rüde geredet, auch hochmütig. Wenn die Bedeutung eines Mannes an der Zahl seiner Feinde gemessen wird, dürfte Thilo Sarrazin inzwischen ein ganz Großer sein. Kaum eine Bevölkerungs- oder Berufsgruppe, mit der sich der anerkannte Fachmann für öffentliche Finanzen nicht angelegt hätte. Und so denkt er offenbar nicht daran, von seinem bis 2014 laufenden Vorstandsposten bei der Bundesbank zurückzutreten.

Doch so nahe war Thilo Sarrazin noch nie vor dem Fall wie durch die jetzt von ihm ausgelöste schwere öffentliche Ruhestörung. Berlin werde, so der 64-Jährige in einem Gespräch über „Berlin auf der Couch“ mit der Kulturzeitschrift „Lettre International“, „niemals von den Berlinern gerettet werden können“. Denn die Stadt sei belastet von „der 68er-Tradition und dem Westberliner Schlamp-Faktor“, sei in ihren politischen Strömungen „eher plebejisch und kleinbürgerlich“ aufgestellt, urteilt der Banker über seine Wahl-Heimatstadt. Ein Problem sei auch, „dass 40 Prozent aller Geburten in der Unterschicht stattfinden“, die dann die Schulklassen füllten. Aber „türkische Wärmestuben“ könnten die Stadt nicht voranbringen. Die Bildungspopulation werde „von Generation zu Generation dümmen“, besonders groß seien die Defizite bei „Türken“ und „Arabern“, so Sarrazins Fazit der Migrationspolitik in der Hauptstadt.

Zwei Sätze aber riefen auch international große Empörung hervor: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.“ Und: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“

Seine Mischung aus Ironie, Unverfrorenheit und der Lust an der Formulierung unbequemer Wahrheiten – oder was er dafür hält – hat dabei auch die eigenen Genossen immer wieder entsetzt. Seine kurze Amtszeit als Revisionschef und Mitglied im Bahnvorstand endete 2001 im Krach mit Hartmut Mehdorn und gegenseitigen öffentlichen Beschimpfungen; als Berliner Finanzsenator hat er sich auch immer wieder mit den Bremer Genossen angelegt. Mal warf er Bremen vor, die Hansestadt habe Hilfen des Bundes mit „ungezügelter Ausgabenwirtschaft verpulvert“, dann wieder sprach er



Thilo Sarrazin, der „Genosse Rambo“, mit dem unbändigen Hang zur politisch unkorrekten Brachialanalyse. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bremen in der Debatte um die Föderalismusreform II den Anspruch auf weitere Hilfszahlungen ab. Für Bürgermeister Jens Böhrnsen war diese „Etappe seines politischen Amoklaufs“ unerträglich. Erfolgreich intervenierte er bei seinem Berliner Kollegen Klaus Wowereit gegen die Attacken.

Doch solche Niederlagen konnten Sarrazin nicht stoppen. Geboren am 12. Februar 1945 in Gera als Sohn einer ursprünglich aus Burgund stammenden Hugenottenfamilie, die über Genf nach Thüringen und schließlich nach Westfalen kam, wuchs er mit einer Schwester und zwei Brüdern in Recklinghausen auf. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Volkswirtschaft in Bonn, trat Anfang der 70er Jahre als wissenschaftlicher Assistent der Ebert-Stiftung in die SPD ein, wechselte dann ins Bundesfinanzministerium. Er wurde Büroleiter des damaligen Ministers Hans Matthöfer (SPD), arbeitete unter Theo Waigel (CSU) 1990 maßgeblich die Grundzüge der deutsch-deutschen Währungsunion aus. Später war er Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, arbeitete bei der Treuhand und wurde nach dem Bahn-Intermezzo 2002 Berliner Finanzsenator. Hier setzte er einen harten Sparkurs durch. Seit Mai 2009 ist er Mitglied im Vorstand der Bundesbank.

So sehr Sarrazin als Senator geschätzt wurde, so sehr missfielen den rot-roten Koalitionären in Berlin seine Sprüche. 2008 beispielsweise rechnete er vor, dass man sich vom Hartz-IV-Tagessatz von vier Euro für Essen ausreichend und gesund ernähren könne. Und: „Wenn man sich das anschaut, ist das kleinste Problem von Hartz-IV-Empfängern das Untergewicht.“ Als der Ölpreis explodierte, meinte er: „Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden

sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.“ Seine Anhänger finden seinen trocken-bösen Humor treffend, seine Gegner zynisch. Zuweilen sagt freilich auch mancher Sozialdemokrat: „Eigentlich hat er ja recht.“ So zu seinem Spott über die Berliner Verwaltung: „Die Beamten laufen bleich und überlehnend herum, weil die Arbeitsbelastung so hoch ist.“

Inzwischen dreht sich denn auch ein wenig die aufgeregte Debatte in Richtung Grenzverlauf von Unsagbarem und notwendigem Tabubruch. „Nah dran und doch daneben“ überschrieb der Berliner „Tagespiegel“ sein Fazit eines Wirklichkeitstests. Und Heinz Buschkowsky, SPD-Bürgermeister des Berliner Problembezirks Neukölln, sagt, Sarrazins Aussagen sollten nach Nachdenken anregen. Volksverhetzung oder Menschenfeindlichkeit könne man ihm nicht unterstellen. Im analytischen Teil seiner Äußerungen zur Integrationspolitik komme er den Realitäten sehr nahe.

Inzwischen mischen sich auch in der Türkei selbstkritische Töne in den Chor der Entrüstung, berichtet unsere Korrespondentin Susanne Güsten aus Ankara: „Vielen Türken ist es äußerst unangenehm, dass das Image ihres Landes in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern von der ersten Migranten-Generation geprägt wird, denn viele ‚Gastarbeiter‘ der ersten Stunde kamen aus armen und sozial rückständigen Landstrichen Anatoliens.“ „Leute, die direkt vom Dorf nach Deutschland gingen, haben leider für ein schlechtes Image der Türkei gesorgt“, schrieb ein Zeitungsleser. „Die leben dort immer noch so, als wären sie auf dem Dorf“, ein anderer.



ZEITZEICHEN

Von Hans-Günther Thiele

Das lässt das Herz des Patrioten höher schlagen. Huch! Wir sind wieder Nobelpreisträgerin. In Gestalt von Herta Müller. Müller? Nie gehört. Aber wenn sie den Oskar bekommt, muss doch was dran sein oder!? Stimmt. Die Frau schreibt gegen das Vergessen an. Sie beschreibt die Heimatlosigkeit im Wilden Osten. Die Geschichte des Terrors in einer kommunistischen Diktatur.

Wir sind Nobelpreisträger

Übertroffen wurde die Meldung aus Stockholm von jener Nachricht aus Oslo. And the winner is Barack H. Obama. Der Friedensnobelpreis geht an den seit neun Monaten amtierenden US-Präsidenten. Für was? Für die Auflösung des Gefangenenlagers Guantánamo? Für den Frieden im Nahen Osten oder das Ende des Horrors in Afghanistan? Oder haben gar die Mullahs in Teheran und der Verrückte in Pjöngjang aufgrund der diplomatischen Aktivitäten Obamas die Atomwaffen gestreckt? Nichts von alledem. Mr. President bekommt den Preis, damit er all das tut, wofür er nun schon einmal ausgezeichnet worden ist. Da hatte es Herta Müller, seine Kollegin aus dem Literaturfach, schwerer. Sie musste erst das Werk vollbringen, bevor sie den Lorbeerkrantz erhielt.

Ohnehin ist das mit Preisen ja so eine Sache. Gern sonnen sich die Preisverleiher im Glanz der Geehrten. Doch insgeheim können sie sich sagen: Wir sitzen am längeren Hebel. Wir verteilen die Noten. Und das heißt zugleich: Wir hätten auch den Daumen senken können. Obama sei die Nobilitierung von Herzen gegönnt. Möge

es ihm in unser aller Interesse gelingen! Nur sollten wir offen einräumen, dass dies ein Wechsel auf die Zukunft ist. Ausgestellt nach dem Prinzip Hoffnung, in dem sich wiederum unsere Sehnsucht ausdrückt. Die Sehnsucht von Millionen Nobelpreisträgern in aller Welt.

Auf dem Jakobsweg

„Ich bin dann mal (wieder) weg.“ Nein, das ist nicht der Titel des Bestsellers von Hape Kerkeling oder Horst Schlämmer. Vielmehr hat sich, das deutet das Wörtchen „wieder“ an, diesmal Oskar Lafontaine auf den Jakobsweg begeben. Nicht nach Santiago de Compostella, sondern zurück ins Saarland. Noch rätselt man, was er im Schilde führt. Die wahrscheinlichste Erklärung läuft darauf hinaus, dass er einem rot-rot-grünen Bündnis in Westdeutschland zum Durchbruch verhelfen möchte. Dagegen aber spricht, dass er selbst ein Teil des Problems ist, das er zu lösen verspricht. Warten wir's ab, bis sich die Sphinx von der Saar klarer erklärt.

Betroffenheitsbesoffenheit

Vorsicht! Thilo Sarrazin! Zu dem mag sich in der politischen Klasse momentan kaum jemand äußern. Vermutlich aus Angst, infiziert zu werden. Mit seinen lästerlichen Reden über Berlin und die Integration hat der Bundesbanker und vormalige Berliner Finanzsenator wieder einmal ins Wespennest gegriffen. Er sei ein Rassist, stehe in der Tradition Hitlers, schwelgt die Branche der Empörer in einer Art von Betroffenheitsbesoffenheit. Wer von denen aber hat das ellenlange Interview in „Lettre international“ gelesen? Da steht unter anderem, dass Berlin den immensen jüdischen Aderlass, „gleichbedeutend mit einem gewaltigen geistigen Aderlass“, nie kompensiert habe. Und unwillkürlich fragt man sich: Stammt diese Einsicht wirklich von Adolf Nazi?



AUSGUCK

Von Joerg Helge Wagner

Natürlich wird auch in der kommenden Woche verhandelt in Berlin. Vor allem geht's um eine Frage: Ist das Ergebnis schwarz mit gelben Pünktchen – oder werden es am Ende doch noch gelbe Streifen sein wie bei einer echten Tigerente?

Sicher und gesund

Natürlich wollen alle Beteiligten nur das Beste für uns und unser Land. Sondiert und ausgelotet wird täglich in diversen Arbeitsgruppen, aber die Plöcke schlägt man nur in den sogenannten großen Koalitionsrunden ein: am Mittwoch, Freitag, Sonnabend und Sonntag. Also: Erwarten Sie bitte nicht jeden Tag sensationelle Ergebnisse in Ihrer Zeitung!

Ein Reizthema zwischen Schwarzen und Gelben ist bekanntlich der Milliardenmarkt Gesundheitswesen. Da bekommen die Kombattanten am Dienstag neue Munition, wenn die Gmünder Ersatzkasse – jüngst durch Fusion mit der Barmer zum Branchenprimus aufgestiegen – ihren Heil- und Hilfsmittelreport 2009 vorstellt. Kann sein, dass sich dann die Liberalen in ihrer Totalablehnung des Gesundheitsfonds bestätigt sehen. Schön für die Kanzlerin – strenge Verfechterin dieses Fonds – dass sie am Donnerstag den Weltgesundheitsgipfel in Berlin als Schirmherrin eröffnen darf: Da kann sie an der Seite von „cher ami“ Sarkozy international glänzen.

Zweites Schlachtfeld der künftigen Koalitionäre ist die (innere) Sicherheit. Passend fällt vor der großen Koalitionsrunde am Mittwoch, die sich schwerpunktmäßig damit befassen soll, am Dienstag das Urteil im Frankfurter Terroristenprozess.

Hier stehen drei Mitglieder der Islamistischen Dschihad Union vor dem Kadi. Ins Bild passt auch, dass die beiden Unionsinnenminister Schäuble und Schönbohm fast zeitgleich mit den Koalitionsverhandlungen auch das 1. Potsdamer Sicherheitsforum bespielen – das sieht eher schwarz mit gelben Pünktchen aus. Die liberalen Bürgerrechtler bekommen erst am Freitag Rückenwind, wenn im fernen Bielefeld der BigBrotherAward 2009 vergeben wird – ein Negativpreis für Datenschutzsünder. Doch der Bundesinnenminister wird ihn mit Sicherheit nicht bekommen, denn die Stifter „haben die begründete Befürchtung, dass Schäuble die Verleihung des BigBrotherAwards als besonderen Ansporn verstehen könnte, seinen Sicherheitsextremismus noch zu verstärken“.

Machtzentren

Chinas Staatspräsidenten Hu Jintao kennen die Interessierten, aber wer ist Xi Jinping? Genau, sein Vize. Ob der genauso viel zu sagen hat wie bei uns ein Vizekanzler, ist ungewiss, aber er wird morgen in Berlin mit höchsten Ehren empfangen: von Bundespräsident Horst Köhler und von Kanzlerin Angela Merkel – zwei Tage vor Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, auf der China Ehrengast ist.

Russlands Premier Wladimir Putin besucht derweil China, während US-Außenministerin Hillary Clinton ihren Kollegen Sergej Lawrow in Moskau trifft, um über Abrüstung zu sprechen. Schließlich muss der noble Vorschuss-Lorbeer für ihren Chef ja mal mit greifbaren Ergebnissen unterfüttert werden.

Eher um die Gegenspieler der Mächtigen geht es bei den „Alternativen Nobelpreisen“, die am Dienstag in Stockholm vergeben werden. Der Bewerberandrang ist nicht ganz so doll wie beim Friedensnobelpreis, aber immerhin gibt es 82 Kandidaten aus 46 Ländern.

Eine Erwiderung auf die umstrittenen Thesen von Thilo Sarrazin

Bremen. Mit den Thesen von Thilo Sarrazin setzt sich der Migrationsforscher und Fachbuchautor Stefan Luft auseinander, der sich vor kurzem an der Universität Bremen habilitierte.

Sarrazin behauptet: 20 Prozent der Berliner Bevölkerung werden ökonomisch nicht gebildet.

Tatsächlich finden immer mehr Menschen auch in Zeiten von Hochkonjunktoren keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie über Transferleistungen „ruhigzustellen“ hat mit einem menschenwürdigen Leben wenig zu tun. Es wird auch auf Dauer keine Lösung sein. Die Gefahr gewalttätiger Konflikte wird zunehmen. Damit steigen die sozialen Kosten für alle. Außerdem brauchen wir diese Menschen, weil die Bevölkerung schrumpft.

Sarrazin sagt: „Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel... Das gilt auch für die deutsche Unterschicht...“

Menschen nach ihrer „produktiven Funktion“ zu sortieren, sollte ausgerechnet in Deutschland unterlassen werden. Solch öffentliches Rasonieren führt auf eine abschüssige Bahn, an deren Ende jemand zu Taten schreitet. Offensichtlich fördern solche Eti-

kettierungen die Integration nicht: Auch erfolgreiche Aufsteiger arabischer oder türkischer Herkunft werden sich dadurch weg- und abgestoßen fühlen.

Zudem ist festzustellen: Drei Viertel (75,3 Prozent) der Personen mit türkischem Hintergrund in Berlin verfügen über keinen Berufsabschluss, 3,1 Prozent über einen Hochschulabschluss. Die Gruppe der türkischstämmigen Arbeitslosen „hat migrations- und milieubedingte Defizite, die noch durch die soziale Zugehörigkeit zur Unterschicht verstärkt werden“, stellte der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg fest. Es gibt 5100 Unternehmen türkischer Gewerbetreibender mit 28000 Mitarbeitern. Über die Hälfte sind Kleinst- und Familienbetriebe. 36 Prozent der türkischstämmigen Unternehmer verfügen über keinen Berufsabschluss. Viele haben ihre Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt gegen eine prekäre Situation als Selbstständiger getauscht. Hinzu kommt: Die Gruppe der „Libanesen“ (Sarrazin spricht von „Arabern“) bildet nicht nur in Berlin eine „ethnisch abgeschottete Subkultur“, die durch eine ausgeprägte Einbindung in die Organisierte Kriminalität auffällt. Sie bereitet auch in Bremen der Polizei erhebliche Probleme.

Sarrazin behauptet: Große Teile der „Araber“ und Türken seien „weder integrationswillig noch integrationsfähig“.

Diese Behauptung ist zwar populär aber unzutreffend. Das fängt bei der Niederlassung der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien in den 70er Jahren an: Es waren die Mechanismen der Wohnungsmärkte, die sie in jene innerstädtischen Viertel filterten, in denen sanierungsreife Altbauten zu überhöhten Preisen an sie vermietet wurden. Befragungen machen deutlich, dass die Zuwanderer mehrheitlich nicht unter sich bleiben wollten. Außerdem wohnten in diesen Stadtvierteln meist die einheimischen sozial Schwachen. Sie erlebten die Zugezogenen als Fremde, mit denen sie um knappe Kindergartenplätze, Arbeitsplätze etc. konkurrieren mussten. Wer es sich leisten konnte, zog dort weg. So verfestigten sich Abhängigkeits- und Armutsstrukturen. Dabei zeigte sich, dass der Zusammenhalt in Großfamilien bei den Zugezogenen eher einen gewissen Schutz vor sozialem Verfall darstellte. Zudem bieten diese Stadtviertel seit vielen Jahren eine ethnisch ausgerichtete Angebotsvielfalt, die den Bedürfnissen der ausländischen Wohnbevölkerung nahezu optimal entspricht. Eine sich vervollständigende türkischsprachige Dienstleistungsinfrastruktur beispielsweise macht Beziehungen dieser Bevölkerungsgruppe zur deutschen Gesellschaft seit Mitte der 70er Jahre weitgehend überflüssig und begrenzt die sozialen Kontakte auf die ethnische Kolonie. Diese Viertel sind zu Sackgassen geworden. Für die

Menschen dort erscheint es näherliegend, sich in Richtung ihrer eigenen Gruppe zu orientieren als in Richtung Aufnahmegesellschaft – auch wenn die Aufstiegschancen dort größer wären.

Die Folge: Wer unter seinesgleichen lebt, wird wenig Motivation entwickeln, die deutsche Sprache zu erlernen. Das gilt besonders für Kinder. Sie brauchen die deutsche Sprache dort nicht, weil sie sich zu Hause, im Freundeskreis, beim Medienkonsum und auf dem Schulhof in ihrer Herkunftssprache verständigen können.

Sarrazin sagt: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“

Jeder Mensch muss „anerkannt“ werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Zudem bedient sich Sarrazin einer diskriminierenden Sprache. Das ist Gift für ein friedliches Zusammenleben in diesem Land. Türkische Eltern möchten genauso wie Eltern anderer Herkunft, dass ihre Kinder erfolgreich sein werden. Nur unterstützen sie sie nicht so, weil sie selbst aus bildungsfernen Schichten ihres Herkunftslandes kommen, oder weil sie das komplizierte Schulsystem in Deutsch-

land nicht durchschauen. Thilo Sarrazin wird sich überdies schwer tun, Belege für die Behauptung zu finden, die meisten Menschen türkischer und arabischer Herkunft lehnten den deutschen Staat ab.

Sarrazin sagt: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.“ Sarrazin hätte nichts gegen eine solche Entwicklung einzuwenden, wenn diese Gruppen einen höheren Intelligenzquotienten hätten als die deutsche Bevölkerung.

Die Behauptung ist falsch. Auch die Unterstellung, die von Sarrazin genannten „Türken und Araber“ hätten einen niedrigen IQ, ist nirgends belegt und muss als rassistisch bezeichnet werden. Die Verdrängungsszenarien lassen sich durch die demographischen Prognosen nicht belegen. Festzustellen bleibt: Niemand (auch nicht Türken) haben die Deutschen gezwungen, ihre Geburtenraten seit Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts so zu drosseln. Das Problem liegt nicht in der Existenz der Zuwanderer-Kinder, sondern in der Wahrscheinlichkeit, dass sie schlechte Chancen haben werden, sich erfolgreich in der Aufnahmegesellschaft zu etablieren. Nur wenn es gelingt, die strukturellen Bedingungen für gelingende Integration zu verbessern, wird sich das Konfliktpotenzial entschärfen lassen.